

Beschlussvorlage

zur Behandlung in **öffentlicher Sitzung**

Betreff

Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der SPNV-Verbindungen zwischen Köln, Leverkusen-Opladen, Solingen, Remscheid und Düsseldorf (S1/S17)

Beschlussorgan

Verkehrsausschuss

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	08.06.2021

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stimmt der Beteiligung der Stadt Köln an der Finanzierung einer Machbarkeitsstudie zur Verbesserung der SPNV-Verbindung zwischen Köln, Leverkusen-Opladen, Solingen, Remscheid und Düsseldorf in Höhe von rund 40.000 Euro zu.

Alternative:

Der Verkehrsausschuss beschließt, dass sich die Stadt Köln nicht an der Machbarkeitsstudie beteiligen soll.

einem positiven Nutzen-Kosten-Index einige weitere Punkte geprüft sowie die Inhalte der gesamten Machbarkeitsstudie dokumentiert werden.

Die Ausschreibung der Machbarkeitsstudie wird erfolgen, sobald alle Projektbeteiligten ihre Mittelzusagen abgesichert haben und die entsprechende Verwaltungsvereinbarung von allen Projektbeteiligten unterzeichnet ist.

Finanzierung

Die Gesamtkosten der Studie werden vom NVR und VRR auf rund 180.000 Euro geschätzt, welche anteilig auf die beiden Aufgabenträger umgelegt werden. Die Verwaltung hat eine Übernahme der Kosten durch die Stadt Köln in Höhe von rund 40.000 Euro in Aussicht gestellt. Die Fälligkeit der Kosten wird voraussichtlich jeweils in halber Höhe in 2021 und 2022 erfolgen.

Die notwendigen zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen stehen im Hpl.2020/2021 (inkl. Mittelfristplanung) im Teilergebnisplan 1201 – Straßen, Wege, Plätze (Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 in ausreichender Höhe zur Verfügung.

In Abhängigkeit der im jeweiligen Förderjahr zur Verfügung stehenden Fördermittel nach § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW ist beabsichtigt, die Kosten der Machbarkeitsstudie ganz oder teilweise aus den Fördermitteln zu refinanzieren.

Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die Verwaltung verfolgt das Ziel, die sektorspezifischen Beiträge zum Klimaschutz zu erfüllen. Die hier dargestellte Maßnahme stärkt den Umweltverbund im Bereich Schienenpersonennahverkehr und bietet den Bürgerinnen und Bürgern eine adäquate Mobilitätsmöglichkeit im Vergleich zur Nutzung des privaten Pkw. Somit trägt dies zu einer möglichen Reduktion des Treibhausgasausstoßes bei und kann als positiver Beitrag zum Klimaschutz bewertet werden.

Anlage

Öffentlichkeitsbeteiligung